

BürgerInnenbrief **Mitte**

7. April 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Stadtverschuldung +++ Obdachlose +++ KETTENreAKTION +++ Rindermarkthalle +++ Fans & Ultras +++

Schulden nicht mehr schönreden?



Carsten Frigge - noch als Staatsrat

Hamburgs neuer Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) hat seine Amtsgeschäfte übernommen. Bei seiner ersten Rede im Parlament am 31.3. bot er der Opposition von SPD und Linksfraktion demonstrativ ein gemeinsames Handeln an und gab als oberstes Ziel »keine neuen Schulden« aus: »Es hat keinen Zweck, irgendetwas schönzureden. Wir sind in einer schwierigen Situation, der müssen wir uns stellen. Es gibt aber eine ganze Reihe von Ursachen. Die aktuelle Wirtschaftskrise ist eine davon, eine andere ist, dass diese Stadt 40 Jahre lang über ihre Verhältnisse gelebt hat. Wir werden uns bei einer Reihe von Projekten fragen, ob wir sie uns noch leisten können, ob sie noch finanzierbar sind. Die Schulreform gehört

nicht dazu, weil sie eines der zentralen Vorhaben aus dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag ist. Mein Eindruck ist, dass in dieser Koalition ein deutliches Bewusstsein von der Dimension einer nachhaltigen Haushaltspolitik vorhanden ist. Man muss vielleicht an der einen oder anderen Stelle die Notwendigkeiten und Zwänge, die durch diese Konsolidierung gegeben sind, in der Diskussion mit den Kollegen noch einmal wieder deutlich machen.«

Senator Frigge wird mit Sicherheit keine schonungslose Bilanz der öffentlichen Finanzen vorlegen. Mehr noch: Er hat in seiner ersten Rede in der Bürgerschaft gleich auch noch die laufende Einführung der Doppik in Zweifel gezogen.

Doppik, Kameralistik oder was?

Seit dem Herbst 2009 werden in Hamburg schrittweise die Haushalte der Fachbehörden auf eine neue Systematik des »Neuen Haushalts- und Rechnungswesens« (NHH) umgestellt. Die Modernisierung des Haushaltswesens der öffentlichen Haushalte hat mittlerweile alle drei staatlichen Ebenen in Deutschland erfasst. Ein wesentliches Ziel des Modernisierungsprozesses ist die Ablösung der herkömmlichen Kameralistik durch die Doppik. Als dritte Form hat sich zwischen beiden Systemen die Erweiterte Kameralistik etabliert – grob gesagt eine Kameralistik plus Kosten-Leistungsrechnung. Während sich auf der kommunalen Ebene, auf Basis eines Beschlusses der Innenministerkonferenz aus dem Jahre 2003, mittlerweile nahezu flächendeckend das outputorientierte System der Doppik, das auf der kaufmännischen doppelten Buchführung basiert, durchgesetzt hat, herrscht auf der Länderebene eine bunte Vielfalt an Rechnungssystemen. Auf der Bundesebene hat man sich, entgegen dem internationalen Trend z.B. in Österreich und in der Schweiz, nicht für die Einführung der Doppik entschieden.

Durch das neue Recht wird der Handlungsspielraum bei den öffentlichen Finanzen enger; Politiker wie Verwaltungsleute werden sich weniger der Frage entziehen können, welche Ausgaben wir uns leisten können oder – und dies ist die Position der LINKEN – wie über ein gerechtes Steuersystem die Einnahmen der öffentlichen Haushalte gesteigert werden könnten. Während bislang lediglich Einnahmen und Ausgaben nach ihrer Fälligkeit im laufenden Haushaltsjahr aufgelistet wurden, zählt nach dem neuen System insbesondere die Abschreibung zum Haushaltsausgleich hinzu. Dieser Posten wurde bisher ergebnisneutral geführt. Alle Kosten, die im Prinzip bereits feststehen, tatsächlich aber erst in künftigen Jahren anfallen werden, blieben also unberücksichtigt. Ein aktuelles Rechenexempel: Eine Straße ist nach zehn Jahren sanierungsbedürftig. Ohne die Rücklage von einem Zehntel pro Jahr in der Hinterhand muss die Verwaltung diese Ausgabe dem aktuellen Haushaltstopf entnehmen, was in der derzeitigen Situation vielfach kaum zu bewerkstelligen ist.

Der aktuelle Zustand der Straßen in Hamburg hat viel damit zu tun, dass die Abschreibungen unberücksichtigt blieben, und nur einen kleinen Teil hat der hartnäckige Winter zu den Schlaglöchern beigetragen.

Die Pensionszahlungen sind ein weiteres Beispiel für Missmanagement: Die Orientierung auf die jährlichen Ausgaben verhindert, dass man sich mit langfristigen Konzepten und dem Aufbau eines Kapitalstocks, der zur Übernahme der Pensionszahlungen in der Zukunft in Anspruch genommen werden könnte, beschäftigt. Der demografische Aspekt wird außer Acht gelassen, Finanzplanung damit unmöglich.

Wie groß die Pensionslast ist, die den Kommunen und Ländern droht, können viele Bürger heute nicht sehen. In der bisherigen Form städtischer Rechnungslegung, der Kameralistik, gibt es keinen Posten, der die künftigen Verpflichtungen samt den dafür gebildeten Rückstellungen auflistet. Weil aber die Städte nach und nach zur Doppik übergehen müssen, die einer Art betriebswirtschaftlicher Bilanzierung entspricht, ändert sich das. Transparent wird dann für alle Interessierten sein, wie viel die Stadtväter in der Vergangenheit klugerweise für Pensionen ihrer Beschäftigten zurückgelegt haben – oder eben nicht.



Was es mit Doppik, Kameralistik und den kommunalen Haushalten auf sich hat, ist ausführlich dargestellt in

Michael Faber

Kein Buch mit sieben Siegeln

Der kommunale Haushalt
Crashkurs Kommune 2
hrsg. von Katharina Weise
104 Seiten; 7.50 Euro
ISBN 978-3-89965-341-0
VSA: Verlag Hamburg

Und ihm ist damit nicht nur ein Überraschungseffekt gelungen, sondern er hat darüber hinaus indirekt deutlich gemacht: Die Antwort auf das selbstverschuldete Finanzchaos wird nur wenigen gefallen, denn die Ansprüche und Erwartungen an unsere Städte werden insgesamt heruntergeschraubt werden müssen. Es fehlte nur noch, dass er hinzugefügt hätte: Sonst geht es uns irgendwann wie Griechenland. DIE LINKE teilt die Sorgen, sieht aber vor allem die andere Seite: Wir müssen eine verbesserte Finanzierung der öffentlichen Aufgaben durchsetzen.

Länder und Gemeinden geraten immer mehr in die Schuldenfalle. Das Stichwort »Nachhaltigkeit« beziehungsweise »Intergenerationale Gerechtigkeit« spielt deshalb eine wichtige Rolle: Hamburg soll nicht nur Infrastruktur schaffen, indem

die Stadt etwa einen Kindergarten baut oder einen Sportplatz saniert, gleichzeitig soll sie auch für die Instandhaltung vorsorgen, indem sie die Abschreibung im Haushalt berücksichtigt und nicht der nächsten Generation aufbürdet. Der Fokus liegt auf der Erhaltung von Substanz. Das neue Instrument ist wirkungsvoll, weil es sämtliche Folgekosten auf den Tisch bringt und für Transparenz sorgt, wenn auch mit empfindlicher Nebenwirkung: Das Prinzip Hoffnung wird bei den öffentlichen Finanzen nicht mehr funktionieren.

Allerdings ist die Umstellung schwierig, bringt zusätzliche Aufwendungen (Ermittlungen der Kosten und aussagefähiger Kennziffern) und sowohl in den Fachbehörden als auch in den Fraktionen gibt es reichlich Widerstände. Kürzlich meldete die Hamburger Universität ein größeres Finanzchaos, weil

wegen der Umstellung auf die Doppik der Überblick vollständig verloren gegangen sei. Der neue Finanzsenator tendiert mit seiner zu Beginn zitierten Äußerung zum einen dazu, die Einführung von größerer Transparenz zu verschieben. Andererseits hilft das neue Haushaltswesen nicht bei der Bestimmung der gegenwärtigen Konstellation der Finanzen.

Der Präsident des Hamburger Rechnungshofes, Jann Meyer-Abich, forderte den neuen Finanzsenator zu einem Kassensturz und einem radikalen Kurswechsel in der Finanzpolitik auf. Auch der Hamburger Steuerzahlerbund drängt darauf, als erste Amtshandlung den wahren Schuldenstand der Stadt offen zu legen: »Wir erwarten, dass er den Bürgern reinen Wein einschenkt.« Offiziell habe die Stadt 26 Milliarden Euro Schulden, hinzu kämen jedoch nach Senatsplanungen weitere zehn Milliarden Euro bis 2013 sowie die so genannten Sondervermögen.

Die große Wirtschaftskrise kann und will kein verantwortlicher Finanzpolitiker ignorieren. Die Politik kann daher in dieser schwierigen Situation nicht alle Steuereinträge durch Einsparmaßnahmen auffangen und muss Projekte auch über neue Kredite finanzieren. Aber der schwarz-grüne Senat hat schon vor der Krise eine unseriöse Finanzpolitik betrieben. Und deshalb ist die Erwartung der Linksfraktion begrenzt, dass es in der gegenwärtigen komplizierteren Situation eine zielgerichtete Konzeption zur Sanierung der öffentlichen Finanzen geben wird.

Hamburg hat seit Mitte der 1990er Jahre in erheblichem Umfang Vermögen veräußert, um den verfassungsgemäß gebotenen Ausgleich des Haushaltes zu gewährleisten. In den letzten 15 Jahren wurden weit über sieben Milliarden Euro aus Vermögensverkäufen mobilisiert. Diese Verkäufe haben strukturelle Folgen. Bisherige Haushaltseinnahmen, z.B. Erträge aus Gewinnausschüttungen, entfallen; die Stadt verliert zudem Gestaltungsspielräume für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Ein großer Teil der Verschuldung und damit des aktuellen Chaos in den öffentlichen Finanzen ist also nicht der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet, sondern dem Umstand, dass Hamburg seit Jahrzehnten seine Aufgaben nicht solide gegenfinanziert. In den letzten 40 Jahren wurden etwa 32 Milliarden mehr ausgegeben als eingenommen.

Wo kommen die Schulden her? 26 Milliarden aus Krediten – das sind die heutigen Schulden – und der Rest durch die Veräußerung von Tafelsilber, also etwa Anteilen an Unternehmen wie der HEW oder der HHLA.

Der Schuldenstand betrug Ende 2009 **26 Mrd. Euro** (inkl. Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt), hinzu kommen die Schattenhaushalte der diversen Sondervermögen:

Alt (Hafen + Stadt etc.)	2,1 Mrd. Euro
Konjunkturstabilisierungsfonds	5,7 Mrd. Euro
Schulbau	2,1 Mrd. Euro
Summe	9,9 Mrd. Euro

(Berücksichtigt sind dabei noch nicht die Planungen für ein Sondervermögen Hochschulbau mit einem angedachten Volumen von 2,0 Mrd. Euro.)

Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Gesamtverschuldung der Stadt bis 2013 auf mindestens 36 Mrd. Euro ansteigen wird. Das entspricht ca. 42% des Hamburger BIP (2009: nominal 85,8 Mrd. Euro). Nicht berücksichtigt sind dabei die Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung. Diese betragen am 31.12.2008 12,2 Mrd. Euro. Zusätzliche Belastungen entstehen jetzt zudem aus den in der in einer Holding-Gesellschaft zusammengefassten öffentlichen Unternehmen. Nicht nur wegen des Wegfalls der Beteiligungserträge und Dividenden der HSH Nordbank ist in den nächsten Jahren mit Einschüssen der Stadt in der Größenordnung von 100-200 Mio. Euro zu rechnen. Des Weiteren fehlen in dieser Aufstellung die Verbindlichkeiten für Pensionen und die diversen ÖPP bzw. PPP-Projekte (Hamburg Süd, Elbphilharmonie etc.)

Und wie verhält sich der Senat?

- die Schuldentilgung ist völlig ungeklärt;
- der Sparkurs bis 2013 in einem Volumen von 1,15 Mrd. Euro bedeutet deutlich mehr als bloß die Zinsen für Kredite des Konjunkturstabilisierungsfonds;
- er hält an den Leuchtturmprojekten fest (mit weiteren zusätzlichen Belastungen, die bisher in keiner Rechnung auftauchen – Elbphilharmonie, Hafencity Universität, Autobahndeckel, Stadtbahn etc.)

Darum wird auch der neue Finanzsenator keinen wirklichen Kassensturz machen. Eine nüchterne Bilanz der Schulden und Defizite hätte zwangsläufig zur Folge, dass endlich über Prioritäten debattiert würde. Im Grunde kann die Hansestadt nicht beständig neue Projekte wie die Verlagerung der Universität, die Stadtbahn, neue Autobahnen im Süden angehen, ohne Klarheit zu schaffen, wie die laufenden Projekte finanziert werden können.

Allein über einen finanzpolitischen Kassensturz kann es auch nicht gehen. Wir müssen zu einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zurückkehren. Hamburg hat trotz der miserablen Wirtschafts- und Finanzpolitik des schwarz-grünen Senats die Wirtschaftskrise bisher besser überstanden als andere Bundesländer. Mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung von 3,4% in 2009 fiel die Talfahrt der Hamburger Wirtschaft nicht so stark aus wie z.B. diejenige in Baden Württemberg (-7,4%) oder Nordrhein-Westfalen (-5,8%; Bundesdurchschnitt: -5,0%)

Gleichwohl werden die wirtschaftliche Erholung und ein Ausweg aus der Schuldenfalle auch in Hamburg nicht im Selbstlauf zu haben sein. Beides erfordert einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sparen allein ist sinnlos, verschärft vielmehr noch die wirtschaftlichen Probleme. Was dem Senat vorschwebt, nämlich Sparen beim Personal, Sozialleistungen, Bildung oder Arbeitsmarkt, ist deshalb mit uns nicht zu machen. Auch weitere Privatisierungen schließen wir aus.

Die Hansestadt sollte stattdessen die wirtschaftlichen Strukturprobleme energisch angehen. Wir brauchen eine soziale Mieten- und Wohnungspolitik und wir könnten diese und andere Infrastrukturinvestitionen mit einer Weiterentwicklung der Wirtschaftsstruktur verbinden. Wir könnten

der Abhängigkeit von großen Energiekonzernen entgehen, wenn wir den Mut zum Aufbau von kommunalen Stadtwerken hätten. Wir brauchen auch eine strukturelle Verbesserung der öffentlichen Finanzen.

Das betrifft zum einen die **Landesebene**. Sie müsste eine deutliche Verbesserung des Steuervollzugs (Steuerprüfer, Steuerfahndung etc.) einschließen. Wie am 22.2.2010 von der CDU mitgeteilt wurde, haben sich in Hamburg bislang 304 Steuersünder mit Blick auf die angekaufte Steuerhinterzieher-CD selbst angezeigt. Die nachträglich zu versteuernden Kapitalbeträge summieren sich in Hamburg auf ca. 136 Millionen Euro, das bedeutet etwa 45 Millionen Euro Steuermehreinnahmen für Hamburg. Dies ist ein Indiz für die beträchtlichen Vollzugsdefizite in Hamburg. Es müssten zudem sämtliche Ausgaben kritisch überprüft und so genannte Leuchtturmprojekte etc. deutlich redimensioniert werden. Schließlich brauchen wir eine wirtschaftspolitische Konzeption, mit der die Arbeitslosigkeit und soziale Spaltung überwunden wird. Dabei geht es einerseits um Maßnahmen gegen

die dringendsten sozialen Missstände und andererseits um Investitionen in einen Strukturwandel der Hamburger Wirtschaft. Nur mit qualitativem Wachstum kommt man aus dem Krisenkarussell heraus.

Für die **Bundesebene** müsste ein Sanierungskonzept auf den Weg gebracht werden, das auch mit der Wiedererhebung der Vermögenssteuer eine deutliche Verbesserung der Länder- und Gemeindefinanzen nach sich zieht. Nur eine nachhaltige Veränderung von Verteilungsstrukturen und eine Unternehmen und Vermögensbesitzer wieder angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligende Steuerpolitik ermöglicht auch auf Landesebene eine Rückführung der öffentlichen Verschuldung.

Der Personalwechsel an der Spitze der Behörde für Finanzen soll einen Neuanfang signalisieren. Allerdings ist bisher nicht zu erkennen (und wohl auch nicht zu erwarten), dass damit auch eine Änderung in der Politik des schwarz-grünen Senats einhergehen wird. Wir müssen wohl leider davon ausgehen, dass der finanzpolitische Blindflug weitergeht.

Keine Entlassung in die Obdachlosigkeit!



Mattkamp-Siedlung in Billstedt

Die Folgen der sozialen Spaltung in der Stadt werden immer deutlicher. Genau 7.674 öffentliche Unterbringungsplätze standen im November 2009 für Wohnungs- bzw. Obdachlose und ZuwanderInnen zur Verfügung. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Philipp-Sebastian Kühn (SPD) hervor. Eine der größeren Einrichtungen in der öffentlichen Unterbringung mit 360 Plätzen ist die vom Träger »fördern & wohnen« (f & w) geleitete Mattkamp-Siedlung in Billstedt.

Hier sind über die Jahre Hunderte von Asylsuchenden, AussiedlerInnen, ZuwanderInnen, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge und Wohnungslose untergebracht worden. Das Pavillondorf ist für viele dieser Menschen mehr als nur ein Provisorium, auf Grund der akuten Wohnungsnot in Hamburg leben hier rund 40% länger als ein Jahr, knapp 10% sogar seit über fünf Jahren.

Die Unterbringungsbedingungen sind nicht eben vorbildlich. Alleinstehende sind gezwungen, ihr Zimmerchen mit ei-

ner anderen Person zu teilen, auch für Familien stehen keine angemessenen Räume zur Verfügung – von den nicht nach Geschlechtern getrennten sanitären Anlagen und den Küchenzeilen ganz zu schweigen. Dennoch, die Menschen haben hier ein festes Dach über dem Kopf. 40 von ihnen haben kürzlich mit ihrer Unterschrift gegen die Teilauflösung der Einrichtung protestiert. Ende April läuft das so genannte Winternotprogramm 2009/2010 aus. Der zuständige Bezirk Hamburg-Mitte möchte die Bettenzahl halbieren und sie bis 2012 gänzlich auflösen. Die Frage, was mit den rund 180 Menschen nach dem 30. April passiert, ist unklar. Betroffen sind vom Rauswurf vor allem 62 von 110 Wohnungslosen, für die es keine Bleibe mehr geben soll. Mit einer Schriftlichen Anfrage habe ich den Senat um Auskunft darüber gebeten, was

nun mit diesen Menschen passieren soll. Es kann nicht angehen, dass Menschen aus einer bestehenden öffentlichen Unterbringung in die Obdachlosigkeit entlassen werden. Es ist auch mehr als fragwürdig, das Ende dieser großen Einrichtung anzuvizieren, obwohl es absehbar keine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt gibt und die SAGA GWG inzwischen auch dafür bekannt ist, Wohnungslose und »Ausländer« möglichst außen vor zu halten. Die Mattkamp-Siedlung muss vorerst nicht nur erhalten bleiben, sondern auch von der Ausstattung her deutlich verbessert werden. Es ist ein Gebot der sozialen Verantwortung und Solidarität, dass Familien vernünftige Wohnbedingungen haben und auch Alleinstehende, allemal mit gesundheitlichen bzw. psychischen Problemen, ein Einzelzimmer beanspruchen können.

KETTENreAKTION



Streckenabschnitt Hamburg-Mitte der KETTENreAKTION

Immer neue Skandale um Gorleben und Asse, Pläne, die Schrottreaktoren Krümmel und Brunsbüttel wieder ans Netz gehen zu lassen, die von den AKW-Betreibern und der Bundesregierung lancierte Debatte um eine Verlängerung der Laufzeiten haben die Debatte über die Atomtechnologie wieder belebt. Ich beteilige mich an einer **Diskussionsveranstaltung** (gemeinsam mit Alexis Passadakis von attac) über den Ausstieg aus der Atompolitik **am Dienstag, den 13.4.2010** (19:00 Uhr, im Georg-Asmussen-Haus, Böckmannstraße 3) und am **Infotisch** der Billstedter Anti-AKW-Initiative **am Donnerstag, den 15.4.2010** (10:30 Uhr, Kirchsteinbeker Markt).

Ein überregionales Bündnis bereitet für **Samstag, den 24. April, eine Aktions- und Menschenkette** vor, die sich zwischen den Atomreaktoren Brunsbüttel und Krümmel erstrecken soll. Zehntausende Menschen sind nötig, um die Kette zu schließen, eine Distanz von 120 Kilometern ist schließlich

keine Kleinigkeit. Auch hier werde ich mich gemeinsam mit anderen GenossInnen der LINKEN aus dem Bezirk Mitte auf der Borgfelder Straße einreihen.

Beginn der KETTENreAKTION ist 13:30 Uhr, um 14:30 Uhr soll die Kette für etwa eine halbe Stunde geschlossen werden, um 16:00 Uhr folgen dann Abschlussveranstaltungen an verschiedenen Orten, z.B. auf dem Billstedter Marktplatz – Widerstand gegen die Atompolitik, bunt und vielfältig!

Beteiligt an dem breiten Bündnis sind Umweltverbände, Anti-AKW-Initiativen, kirchliche Gruppierungen, Gewerkschaften und Parteien, darunter DIE LINKE. Der 24. April ist nicht zufällig gewählt: Vor fast genau 24 Jahren (am 26. April 1986) gab es im nordukrainischen Tschernobyl den bisher größten Super-Gau in einem Atomkraftwerk.

Weitere Informationen über Streckenverlauf, Sammelpunkte etc.: www.anti-atom-kette.de.

Rindermarkthalle: St. Pauli muss mitreden!



Die ehemalige Rindermarkthalle auf St. Pauli

An den Anfang meiner Kleinen Anfrage an den Senat zur weiteren Nutzung der Alten Rindermarkthalle bzw. des »REAL«-Marktes in St. Pauli habe ich folgende Informationen gestellt »Die im Sommer 1951 eröffnete Rindermarkthalle diente lange Zeit als zentraler Viehmarkt und Veranstaltungsraum. Schon seit Jahren wurde von Seiten der Bezirks- und SenatspolitikerInnen darüber spekuliert, was mit dem ca. 4,2 Hektar großen ... Areal geschehen soll. Die absehbare Schließung des ... »REAL«-Marktes zum 31. Mai 2010 hat diese weitgehend im Hintergrund betriebenen Überlegungen und Planungen nunmehr auf eine neue Ebene gehoben: Anfang März 2010 wurde in den Medien – sehr zur Überraschung der St. PaulianerInnen – ein mehr oder weniger fertiges, »ehrgeiziges Stadtplanungsprojekt« (Hamburger Abendblatt vom 9.3.2010) vorgestellt, in dessen Mittelpunkt eine bis 2013 realisierte »St. Pauli Music Hall« (Grundfläche 5.000 qm) für 4.000 BesucherInnen steht.«

Die im März 2010 vom Bezirk Hamburg-Mitte im Einvernehmen mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, der Finanzbehörde sowie der Behörde für Kultur, Sport und Medien vorgelegten Pläne sehen laut Auslobung einer Machbarkeitsstudie weiterhin vor:

- einen Nahversorgungs-Discounter (Verkaufsfläche bis zu 2.000 qm),
- eine »St. Pauli-Markthalle« (Verkaufsfläche 3.000 qm),
- »kleinteiligen Einzelhandel« (900 qm),
- Gastronomiebetriebe (3.000 qm),
- »Büroflächen für die Musik- und Kreativwirtschaft« (10.000 bis 16.000 qm),
- daneben Flächen für »gemeinnützige und kulturelle Nutzungen«, »Sport- und Freizeitnutzungen«, »spezielle Wohnformen« sowie »Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe« (1.650 qm).

Am 13. April 2010 soll nun eine öffentliche »Auftaktveranstaltung zum kooperativen Gutachterverfahren« stattfinden, zwei weitere Workshops sind für Mai/Juni vorgesehen, die Jurysitzung, die über die Rangfolge der eingereichten sechs Architektenentwürfe entscheiden soll, ist für den 5. Juli 2010 anberaumt. Alles in allem sind nicht einmal drei Monate Zeit von der offiziellen Vorstellung des Mammutprojekts bis zur Auswahl des vor allem von Bezirksseite favorisierten Konzepts.

Der »REAL«-Markt geht nicht ganz freiwillig, denn die Stadt, der das Riesengrundstück gehört, hat dem Marktbetreiber offiziell gekündigt. Mit seiner Schließung geht aber nicht nur eine zentrale Einkaufsgelegenheit für die St. PaulianerInnen verloren, auslaufen wird auch der Untermietvertrag für die Moschee des Mevlana Vereins, die seit 26 Jahren im ersten Stock über dem REAL-Markt angesiedelt ist und für rund 10.000 Muslime zentraler Anlaufpunkt ist. Hier gibt es zudem Kursangebote (Hausaufgabenhilfe, Deutsch, Computer) und eine Teestube. »Wir wollen hier bleiben«, zitiert die Morgenpost vom 7.4.2010 den Vorbeter Mehmet Yilmaz, »hier stören wir niemanden, es gibt gute Kontakte zu den Nachbarn, auch die Verkehrsanbindung ist gut. Wir erfüllen eine wichtige Funktion für die Gemeinschaft.«

Empörend ist einmal mehr, dass der Bezirk Hamburg-Mitte via »Abendblatt« ein fertiges Konzept verkündet, bereits die Aufträge für Machbarkeitsstudien (je drei auf der Basis des bestehenden Gebäudekomplexes und eines kompletten Neubaus) vergeben hat und dennoch im Auslobungspapier behauptet, dass »die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Bevölkerung bei dem Vorhaben eine große Rolle« spiele. Die Bürgerbeteiligung beschränkt sich de facto darauf, an »zwei Präsentations- und Workshoptagen« zur Diskussion der Machbarkeitsstudien teilnehmen zu dürfen. Je ein/e Vertreter/in (und ein/e Stellvertreter/in) der Sanierungsbeiräte Wohlwill-

straße und Karolinentviertel dürfen zwar auch in die 35köpfige Jury aus stimmberechtigten und stellvertretenden PreisrichterInnen und Sachverständigen entsandt werden, eine offene Diskussion und Zeit für die Entwicklung durchdachter Alternativen sind jedoch nicht vorgesehen. Da passt der Umstand bestens ins Bild, dass zwar Bezirksabgeordnete der CDU, GAL und SPD für die Jury benannt werden dürfen, nicht aber von der LINKEN.

Im Stadtteil haben innerhalb weniger Tage 750 AnwohnerInnen dafür unterschrieben, mitreden und -entscheiden zu können und kein weiteres, aufgeschicktes »Brauerei-Quartier« zu bekommen. Auf einer ersten gut besuchten Protestversammlung am 29. März bekräftigten die Anwesenden ihre Ablehnung der Music Hall und eines weiteren Eventcenters, forderten den Erhalt bzw. die Schaffung eines günstigen Discounters, den Bau von Sozialwohnungen und eine angemessene Grünfläche für die Bevölkerung. Ein zweites Treffen ist

für den 7. April, um 19.30 Uhr, im Centro Sociale (Sternstraße 2) angesetzt, um die Forderungen zu konkretisieren und die »Öffentliche Auftaktveranstaltung« des Bezirks am 13. April, um 18:30 Uhr in der Aula des Wirtschaftsgymnasiums St. Pauli (Budapester Straße 58) vorzubereiten.

DIE LINKE wird sich an diesen Diskussionen beteiligen und mit dafür Druck machen, dass die Bevölkerungswünsche beachtet werden. Es kann nicht sein, dass die etablierten PolitikerInnen und Sachverständigen – von einigen wenigen Alibi-VertreterInnen aus den betroffenen Vierteln abgesehen – mehr oder weniger unter sich bleiben und eine Richtungsentscheidung fällen, die das Gesicht des Stadtteils noch einmal dramatisch verändern dürfte. St. Pauli braucht nicht noch mehr Eventhallen, TouristInnen und Flanierpublikum, St. Pauli ist zuvorderst Wohn- und Lebensort für Zehntausende AnwohnerInnen!

Veranstaltungstipps

- **10. April:** Im Gängeviertel kann man sich das Zukunftskonzept der Initiative »Komm in die Gänge« vergegenwärtigen; es gibt den ganzen Tag über Kunstaktionen, Konzerte, Musik und »Zeitzeugengespräche«.
- **10. April:** Ein sozialpolitisches Bündnis lädt ein zur »Bilanzierungskonferenz Agenda 2010« von 10.00 bis 18.00 Uhr in die Hochschule für Angewandte Wissenschaften (Berliner Tor 5).
- **24. April:** zwischen 11:00 und 19:00 Uhr – unterbrochen von der Teilnahme an der Anti-Atom-Kette – im Curio-Haus (Rothbaumchaussee 11-15): »Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Konferenz« der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN.
- **4. Mai:** DIE LINKE lädt ein – Fraktion vor Ort zur Halbzeitbilanz: »Zwei Jahre Kampf gegen Gentrification – In Bürgerschaft und Bezirksversammlung«, 19:30 Uhr (Haus der Grauen Panther, Lerchenstraße 37); Vortrag und Diskussion mit **Joachim Bischoff** zur aktuellen Entwicklung auf St. Pauli und zur stadtentwicklungs- und haushaltspolitischen Lage in Hamburg. Kein anderer Stadtteil hat in den vergangenen Jahren eine so massive Aufwertung und Verdrängung erfahren – zwischen 2005 und 2009 sind hier die Neuvermietungsrenten um 27,7% in die Höhe geklettert. Doch es regt sich auch starker Widerstand: gegen ein aufgeschicktes Bernhard-Nocht-Quartier, die SAGA und jüngst eine »Music Hall« auf dem Gelände der Alten Rindermarkthalle.

Fans, Ultras, Hooligans?

Unter der Überschrift »Gewalt auf Hamburgs Fußballplätzen« hatte die SPD-Fraktion im Januar eine Große Anfrage an den Senat gerichtet, deren Antwort am 31. März in der Bürgerschaft diskutiert wurde – leider (nicht zuletzt unter kräftigem Zutun der SPD) zeitweilig mit einem leicht ausländerfeindlichen Zungenschlag. Nicht erst seit dem Flaschenwurf des HSV-Profis Paolo Guerrero auf einen »Fan« aus dem »Schnittchenbereich« (wie die Tribünen mit den scheinbar bessergestellten Zuschauern bisweilen abfällig genannt werden) oder die Debatten um das Verhalten der St.-Pauli-Ultras anlässlich des Heimspiels gegen Hansa Rostock ist »Gewalt im Fußball« das Thema in der Stadt und ihren Medien.

Laut Angaben der Gewerkschaft der Polizei gab es bei Fußballspielen im Jahre 2009 ca. 30% mehr gewalttätige Konflikte als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Nach Schätzungen

der Polizei liegt die Zahl »potenziell gewaltbereiter Fußballanhänger« bei 14.000, darunter 600 in Hamburg beim HSV und beim FC St. Pauli (Hamburger Abendblatt vom 18.3.2010).

Nach den Angaben des »Hamburger Fußball-Verbandes« (HFV) allerdings bewegt sich die Zahl der Spielabbrüche in den letzten Jahren bei insgesamt rund 60.000 Spielbegegnungen konstant bei ca. 50 pro Saison. »Spielabbrüche aufgrund von Gewaltvorfällen sind nochmals geringer«, lautet eine weitere Auskunft. Auch die beim HFV aufgelaufenen Verfahren weisen keine signifikanten Zuwächse auf: Vor dem Jugend-Rechtsausschuss wurden 149 (2007) bzw. 107 Fälle (2009) verhandelt, vor dem Sportgericht waren es 545 (2007) bzw. 553 (2009), vor dem Verbandsgericht 45 (2007) bzw. 60 (2009). Die Meldungen des HFV an die Polizei über »Gewaltvorkommnisse« bei Fußballspielen halten sich in Grenzen:



Ultra St. Pauli im Millerntorstadion

Von Juli bis Dezember 2007 waren es 14 Meldungen bei gut 26.000 Begegnungen, über das ganze Jahr 2008 genau 30 Meldungen bei gut 30.000 Spielen. Lediglich sieben »sicherheitsrelevante Vorfälle« wurden seit 2007 an das bundesdeutsche Meldesystem des DFB übermittelt.

Der Vorsitzende des 61.000 Mitglieder umfassenden »Supporters Club« des HSV, Ralf Bednarek, meinte kürzlich zu Vorurteilen und Kampagnen gegenüber Fußballfans: »Fakt ist: Es werden nicht mehr Straftaten begangen als früher. Das ist übrigens auch so ein Punkt: In drei Wochen Oktoberfest werden mehr Straftaten registriert als in einer kompletten Bundesligasaison – bei allen Mannschaften zusammen. Aber das wird nicht thematisiert.« (Hamburger Abendblatt vom 20.3.2010)

Wer sich eingehender mit der Fanszene beschäftigt, wird wissen, dass es unterschiedliche Gruppen gibt, die sich durch spezifische Verhaltensweisen und Rituale, durch spezielle Kleidung und ein unterschiedliches Maß an Gewaltbereitschaft auszeichnen. Der Sportwissenschaftler Günter A. Pilz und seine Mitarbeiterin Franciska Wölki-Schumacher haben kürzlich eine höchst aufschlussreiche »Übersicht über das Phänomen der Ultrakultur in den Mitgliedsstaaten des Europarates im Jahre 2009« vorgelegt. In seiner Antwort auf die Große Anfrage der SPD gibt der Senat an, dass die Gewaltbereitschaft in den oberen vier Ligen von so genannten Problemfans ausgehe, während im Amateur- und Jugendbereich eher konkrete Anlässe (Spiel, Spielverlauf, Schiedsrichterentscheidungen etc.) für eine punktuelle Gewaltentladung ausschlaggebend seien.

In der noch immer von Unkenntnis belasteten Bewertung der Fanszene liegt meines Erachtens eine der Ursachen für das Hochschaukeln so mancher Auseinandersetzung. »Ultras«, »Normalo-Fans«, aber auch »Hooligans« begreifen sich in allererster Linie als Anhänger und Unterstützer ihrer jeweiligen

Vereine. Dies muss von Verbänden, Vereinen und der Polizei Ernst genommen werden. Hier liegt ein Schlüssel für die Einhegung gewaltbereiter Potenziale. Martialisches Auftreten ist nicht per se aggressiv und berechtigt auch nicht zu die Situation oft zusätzlich anheizenden Aufmärschen großer Polizeieinheiten. »Für viele europäische Ultras ist das Verhalten der Polizei häufig unverhältnismäßig, überzogen und willkürlich. Sie kritisieren an der Polizei vor allem, dass sie Fußballfans/Ultras wie Menschen zweiter Klasse bzw. wie Menschen ohne Grundrechte behandeln, häufig stur und arrogant sowie ohne Gesprächsbereitschaft von oben herab handle, anonym sei.« (Pilz/Wölki-Schumacher). Dass es auch anders geht, zeigt die Polizei in Hannover. Diese setze nach den Angaben ihres Konfliktmanagers Eckhard Gremmler bei Heimspielen von Hannover 96 zunehmend auf Deeskalation, halte sich im Hintergrund und nehme die Fangruppen am Bahnhof nur durch einzelne Kontaktbeamte in Empfang. Mit dieser Strategie habe man »gute Erfahrungen« gemacht, das Anheizpotential sei deutlich zurückgefahren (taz hamburg vom 31.3.2010).

Stadionverbote für potenzielle Gewalttäter gelten unter den Fans als harte Maßnahme, die nach Meinung von ExpertInnen zudem zur Aufwertung betreffender Personen und Gruppen und zur Verlagerung von gewalttätigen Auseinandersetzungen außerhalb des Stadions führen kann. Glücklicherweise ist der Bau reiner Sitzplatz-Arenen (die angeblich die Aggressionen eindämmen würden) zurzeit selbst beim DFB kein Thema mehr.

Ein heikles Thema ist das gefährliche und in den Stadien verbotene Abbrennen von Pyrotechnik, das gleichwohl »als emotionale Art der Vereinsunterstützung und Ausdruck der eigenen Gruppenkultur« gilt (Pilz/Wölki-Schumacher). Aber auch hierfür sind Lösungen denkbar: Bei einer im Januar 2010 in Hannover abgehaltenen niedersächsischen Zu-

kunftswerkstatt »Fußballfans und Polizei – Abbau der Feindbilder« haben Ultras, Fanprojektmitarbeiter und Polizei über die Idee eines kontrollierten Abbrennens von bengalischen Feuern bei Bundesligaspielen geredet (Verwendung geprüfter Produkte, offizielle Anmeldung, geschulte Pyrotechniker, geschützter Bereich etc.).

Die immer wieder auftauchende Forderung, den Vereinen die Kosten für den Einsatz der Polizeieinheiten aufzuerlegen, halte ich für problematisch, würde dadurch das polizeiliche Gewaltmonopol zu einer Angelegenheit des Geldbeutels. Der vom baden-württembergischen Innenminister Heribert Resch (CDU) gemachte Vorschlag, einen Aufschlag auf jede Eintrittskarte zu erheben, um daraus sicherheitsrelevante Maßnahmen, Schulungen, bessere Ausrüstungen für die Ordnungskräfte etc. zu finanzieren, wird von den Vereinen und Verbänden abgelehnt. Der Sportdirektor des »SC Freiburg«, Dirk Dufner, hält dagegen: »Während Opernhäuser oder Theater mit Millionen subventioniert werden, finanzieren wir alles selbst und haben das gesellschaftliche Problem... Wie wäre es denn, wenn wir Geld dafür kriegen, dass wir das Problem haben? Wir sind doch praktisch die Streetworker.« (Hamburger Abendblatt vom 17.3.2010).

Richtig an dieser Äußerung ist der Hinweis, dass von den Verbänden und Vereinen in den vergangenen Jahren eine ganze Menge an Präventionsarbeit geleistet worden ist: Anti-Gewalt-Kampagnen, Sicherheits- und Integrationsbeauftragte, Coolness-Trainings, Fairness-Preise, Handlungs- und Präven-

tionskonzepte etc. Entscheidend ist aber die aktive Einbeziehung der Fans und ihrer Zusammenschlüsse. Wenn Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU), zur Zeit Vorsitzender der Innenministerkonferenz, das nächste Treffen dieses Gremiums am 23.4.2010 in Berlin dem Thema »Gewalt im Fußball« widmen will, wird es zwar zu einem Gespräch mit Fußballfunktionären, PolitikerInnen und FanbetreuerInnen kommen, zu einem wirklich »runden Tisch« würden aber die eigentlichen Fans und ihre Zusammenschlüsse gehören.

Fanprojekte jedoch z.B. des Hamburger Vereins »JUGEND und SPORT e.V.« sind in den Jahren von 2003 bis 2010 kaum zusätzlich gefördert worden: 2003 gab es 237.000 Euro, zwischen 2004 und 2008 waren es jährlich 243.000 Euro, seit 2009 sind es pro Jahr 255.000 Euro. Hier müsste dringend nachgelegt werden, denn gerade Fanprojekte eröffnen einen Zugang zur Szene. Aus ihnen kommen wichtige Handlungsempfehlungen: »Die Fanprojekte weisen darauf hin, Regeln und Stadionordnungen für jugendliche Fußballfans nachvollziehbar und transparent zu gestalten, Maßnahmen von Ordnungsdiensten angemessen und deeskalierend durchzuführen und die Fans bei der Gestaltung von Stadien mit einzubeziehen«.

Der Abbau von Feindbildern und eine Deeskalationsstrategie seitens Polizei und Behörden sind angesagt. Fußballfans sind in der Regel keine Idioten und auch keine asozialen Gewalttouristen, sie müssen als Gesprächspartner und Anhänger ihrer Vereine an- und Ernst genommen werden.



Pyrofest auf dem Betzenberg in Kaiserslautern

Kulturtipp: Himmel auf Zeit



Foto: Hamburger Theatersammlung

hieß das letzte freie Künstlerfest in Hamburg Anfang 1933. Um die vielfältige Kulturszene der Weimarer Republik geht es auch in dem Projekt »Himmel auf Zeit - Die 20er Jahre in Hamburg«. Es gibt reichlich Maler, Autorinnen, MusikerInnen, Architekten, TänzerInnen, Regisseure, Fotografinnen und Schauspieler zu entdecken. Hamburger Persönlichkeiten wie Hans Leip, Klaus Mann, Gustav Oelsner, Rosa Schapire und Ida Dehmel werden in Erinnerung gebracht. Insgesamt etwa 80 Veranstaltungen in 30 Institutionen aller Art stehen auf dem Programm, um eine der wildesten und interessantesten deutschen Kulturepochen zu besichtigen. Die 1920er Jahre, so Schirmherr Ulrich Tukur, »waren der überstürzte Aufbruch in die Moderne; und das fiebrige Tempo, die Atemlosigkeit und explosive Kreativität dieses Jahrzehnts sind all

den wunderbaren, schöpferischen Menschen und Künstlern geschuldet, die spürten, dass sie wenig Zeit hatten und auf einem Vulkan tanzten, der sie bald in den Abgrund reißen würde.«

Das Programm ist unter www.himmelaufzeit.de zu finden. Die Palette reicht vom Kästner-Kinderfest (9.4.) über den Stummfilm »Die Carmen von St. Pauli« aus dem Jahre 1928 (10.4.) und eine Ausstellung zur Künstlerfamilie Ahlers-Hestermann/Povorina (ab 18.4.) bis hin zur Aufführung der Brecht'schen »Dreigroschenoper« (ab 24.4.). Und auch die bibliophil veranlagten Kulturfreunde kommen auf ihre Kosten: Vor wenigen Tagen ist im Wachholtz-Verlag der Begleitband »Himmel auf Zeit - Die Kultur der 1920er Jahre in Hamburg« erschienen (28 Euro).

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**